

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Vorschau auf die Landtagssitzung

Zum letzten Mal in diesem Jahr tritt der Landtag am Mittwoch und Donnerstag zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen, inklusive die Wahl des Landesauschusses, nicht weniger als 23 Tagesordnungspunkte, die in diesen zwei Sitzungstagen zu bewältigen sind. Schwerpunkte bilden zweifellos die Debatte über den UNO-Beitritt sowie die Beratung des Landesvoranschlags 1990 und die Genehmigung des Finanzplans für die Jahre 1990-1994. Nachstehend ein Überblick über die wichtigsten Geschäfte in Kurzform.

Budget und Finanzplanung

Die Regierung legte dem Landtag ein Budget für das Jahr 1990 vor, das in der laufenden Rechnung bei Einnahmen von 410,8 Millionen und Ausgaben von 328,4 Millionen – nach Abschreibungen – einen Ertragsüberschuss von 7,3 Millionen Franken aufweist. Bei Netto-Investitionen von 84,7 Millionen resultiert in der Investitionsrechnung, gleichbedeutend auch mit der Gesamtrechnung, ein Fehlbetrag von 2,3 Millionen Franken. Dieses praktisch ausgeglichene Budget wird aber nur möglich, weil aus den Reserven 24,6 Millionen Franken zur Deckung des Ausgabenüberschusses eingesetzt werden.

Die Finanzplanung der Jahre 1990-1994 rechnet bis zum Ende der Planungsperiode mit erheblichen Ausgabenüberschüssen. Im Jahre 1991 soll das Defizit 21,7 Millionen betragen und sich dann abbauen auf 14,2 Millionen Franken bis 1994.

UNO-Beitritt

Nach der Budgetberatung wird der Landtag die UNO-Debatte führen, nachdem er sich während der letzten Sitzung mit noch offenen Fragen zum Bericht der Regierung über den UNO-Beitritt befasste. Damals konnte keine grundsätzliche Abneigung gegen eine liechtensteinische UNO-Mitgliedschaft festgestellt werden, so dass anzunehmen ist, dass der Landtag mehr oder weniger geschlossen für das Beitrittsgesuch der Regierung stimmen wird. Nach den Vorstellungen der Regierung wird der Antrag in New York im kommenden Frühjahr gestellt, so dass sich die UNO-Generalversammlung im Herbst 1990 mit dem Beitrittsgesuch unseres Landes auseinandersetzen kann.

Landwirtschaftszone

Die Vorlage der Regierung zur Schaffung einer landesweiten Landwirtschaftszone liegt dem Landtag zur Beschlussfassung vor, nachdem er sich grundsätzlich bereits positiv für die Gesetzesvorlage ausgesprochen hat. Die Vorlage sieht vor, dass die Gemeinden einen Anteil von wenigstens 30 Prozent der einazonierten Fläche als Landwirtschaftszone ausgrenzen und damit unter gesetzlichen Schutz stellen.

Bericht Integration

Unter den drei Berichten der Regierung aufgrund von parlamentarischen Vorstößen wird zweifellos die Stellungnahme über die Entwicklung des Integrationsprozesses in Europa besondere Beachtung finden. Der Bericht ist, wie die Regierung schreibt, nur eine «erste und vorläufige Bestandaufnahme».

Vor dem UNO-Beitrittsesuch

Am Mittwoch oder Donnerstag wird der Landtag entscheiden

(G.M.) – Noch höchstens zwei Tage trennen uns von der Entscheidung des Landtags über den UNO-Beitritt unseres Landes. Am Mittwoch oder Donnerstag wird das Parlament die angekündigte Debatte führen, die Vor- und Nachteile abwägen und dann den Entscheid in einer Abstimmung treffen. Nachdem sich während der ersten Behandlung der UNO-Frage keine grundsätzlichen Vorbehalte gegen einen UNO-Beitritt im Plenum ergaben, darf davon ausgegangen werden, dass der Landtag mehr oder weniger geschlossen der Regierung den Auftrag erteilt wird, das Beitrittsesuch dem UNO-Generalsekretär zu übermitteln. Damit könnte, wie die Regierung vorgesehen hat, die UNO-Generalversammlung bereits im Herbst 1990 über die UNO-Mitgliedschaft unseres Landes befinden.

Nur ungefähr sechs Wochen liegen zwischen dem Antrag der Regierung an den Landtag und der entscheidenden Abstimmung im Parlament. Das zügige Vorgehen, das in der Bevölkerung nicht überall auf Begeisterung stößt, war auch Gegenstand einer kritischen Betrachtung im Landtag durch den FBP-Abgeordneten Georg Schierscher, der mit wenig Erfolg eine Verschiebung der Entscheidung – nach eingehender Diskussion in der Öffentlichkeit – beantragt hatte. Zu dieser Vorgehensweise mit kurzer Frist zwischen Antrag und Abstimmung trug zwei-

felllos auch ein gewisser Druck von Seiten des Fürsten bei, der in seinen Thronreden als Erbprinz mehrfach den UNO-Beitritt unseres Landes gefordert und im Frühjahr 1989 auch das säumige Vorgehen der Regierung einem Tadel unterzogen hatte.

Mit Bezug auf das oberste Ziel des UNO-Beitritts, der Erhaltung und Stärkung der staatlichen Souveränität, erklärte er vor dem Landtag, dass er Verständnis für den allfälligen Willen des Volkes auf den Verzicht der Souveränität Liechtensteins als «Teil eines demokratisch vereinigten Europas» aufbringen könnte, und dann beifügte, «nicht verstehen und akzeptieren würde ich aber den Verlust der liechtensteinischen Souveränität, weil wir nicht fähig waren, eine vernünftige Aussenpolitik zu führen.»

Die Erwartung, dass der Landtag seine Entscheidung ohne Probleme nach einer kürzeren oder längeren Debatte zu fällen gewillt ist, ergibt sich aus den Äusserungen der letzten Landtagssitzung.

Mit Ausnahme der finanziellen Aspekte, mit denen eine UNO-Mitgliedschaft ebenfalls in Verbindung steht, wurden kaum Fragen gestellt, die mit dem Regierungsbericht in Verbindung gebracht werden können. Die Regierung erachtet ihre Berechnungen, wie Regierungschef Brunhart erklärte, als fundiert, während vor allem VU-Abgeordnete diese Angaben in Zweifel zogen.

Die Regierung will 12,5 neue Stellen schaffen

Der Bericht über den Bedarf an Stellen bei der Landesverwaltung und den Gerichten liegt dem Landtag vor

(m6) – Die Regierung will für die Landesverwaltung 12,5 neue Stellen schaffen. Eine weitere Stelle beantragt sie ausserdem für das liechtensteinische Landesmuseum. Der Stellenplan 1989/90 liegt dem Landtag morgen zur Beratung bzw. zur Genehmigung vor. Mit dem Beschluss des Landtages würde sich die Zahl der ständigen Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung und den Gerichten auf 420,45 erhöhen.

Von den 12,5 Stellen bei der Landesverwaltung, deren Schaffung die Regierung beim Landtag beantragt, sind 8,5 neue Stellen. Vier dieser Stellen waren bisher nichtständige Stellen, doch hat es sich laut Regierungsbericht gezeigt, dass diese Stellen (Schulamt, Rechtsdienst, Amt für Personal und Organisation, liechtensteinisches Gymnasium) aufgrund der zu erledigenden Aufgaben auch in Zukunft benötigt werden.

Sekretariat für Verkehrspolizei

Je zwei neue Stellen sollen beim Amt für Personal und Organisation (in den Bereichen elektronische Datenverarbeitung und Administration) sowie beim Hochbauamt (Beratungsstelle für Wohnbauförderung und Sachbearbeitung im Bereich Denkmalschutz) geschaffen werden. Jeweils eine neue Stelle beantragt

die Regierung beim Rechtsdienst, bei der Landespolizei (für das Sekretariat der Abteilung Verkehrspolizei), bei der Motorfahrzeugkontrolle (Fahrzeugexperte), beim Landgericht (Sekretariat), beim liechtensteinischen Gymnasium (Betreuung der Schulbibliothek), beim Schulamt für den Schulpsychologischen Dienst, beim Neubau für die Landespolizei, das Gefängnis und die Motorfahrzeugkontrolle (Hauswartdienst) sowie beim liechtensteinischen Landesmuseum für die Betreuung der Depotsräume und der geplanten Werkstätte. Schliesslich sollen je eine Teilzeitstelle (0,5) beim Amt für Auswärtige Angelegenheiten, für die Einrichtung eines Sekretariats bei den weiterführenden Schulen in Triesen und für das Landtagssekretariat geschaffen werden.

Gegenwärtig 407,95 ständige Stellen

Gemäss Stellenplan 1989 sind gegenwärtig bei der Regierung, der Landesverwaltung sowie den Gerichten 407,95 ständige Stellen vorhanden, die von 415 Mitarbeitern besetzt sind. Die Regierung beansprucht 20,5 dieser Stellen, die Landesverwaltung 350,2 und die Gerichte 37,25. Im Stellenplan für das laufende Jahr sind u. a. nachstehende Personalgruppen nicht berücksichtigt: 45 Raumpflegerinnen, 23

Hilfspolizisten, 31 Heimarbeiterinnen der Postwertzeichenstelle, 258 hauptamtliche und 100 teilzeitbeschäftigte Lehrer/innen an den öffentlichen Schulen, 19 Hauptlehrer/innen an der Musikschule sowie 134 Angestellte in den PTT-Betrieben.

In ihrem Bericht zum neuen Stellenplan geht die Regierung auch kurz auf den Stand und die Entwicklung der Informatik in der Landesverwaltung ein. Daraus ist ersichtlich, dass in den nächsten Jahren mit grösseren Aufwendungen im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung zu rechnen sein wird. Nebst den derzeit laufenden Projekten sollen bis 1992 nach den Richtlinien eines Informatik-Leitbildes u. a. folgende weitere Projekte realisiert werden: Datenmodell, Analyse und Realisierung des Projektes Steuerverwaltung unter Einbezug des Öffentlichkeitsregisters sowie des Projektes Motorfahrzeugkontrolle; Integration der Statistik in die Datenbank; Konzept für die Integration der Gemeinden in die Datenbanklösung; EDV-Konzept für das Sicherheitskorp, Realisierung des Objekts der zentralen Datenbank, evtl. unter Miteinbezug des Grundbuches. Im Zuge des EDV-Ausbaues bei der Landesverwaltung werde allerdings auch die Schaffung eines Datenschutzgesetzes überprüft werden müssen, schreibt die Regierung.

Frommelt neuer BIL-VR-Präsident

An der gestrigen ausserordentlichen Generalversammlung der Bank in Liechtenstein (BIL) wurde Dr. Egmond Frommelt anstelle von Christian Norgren zum neuen Verwaltungsratspräsidenten bestellt. Norgren stolperte bekanntlich über eine Insider-Affäre und wurde fristlos als BIL-Verwaltungsratspräsident und als Generalbevollmächtigter der Fürst von Liechtenstein-Stiftung entlassen.

Wie Werner Ospelt, Pressesprecher der Bank in Liechtenstein AG, auf Anfrage erklärte, hat Fritz Bühler den Vorsitz der Generaldirektion der BIL übernommen. Er übt diesen Vorsitz im Direktorium bereits seit dem 28. November 1989 aus.

In einer ersten Mitteilung nach Bekanntwerden der Insider-Affäre hatte die BIL verlauten lassen, dass Untersuchungen ergeben hätten, dass weder die Bank in Liechtenstein-Gruppe noch deren Organe oder Mitarbeiter in die Transaktionen, die zum Sturz von Christian Norgren führten, verwickelt seien.

Efta-Minister nahmen Beratungen in Genf auf

Beziehungen zur EG haben Vorrang vor Zusammenarbeit mit dem Osten

Genf (spk) Das bevorstehende Ministertreffen der Efta und der EG am 19. Dezember in Brüssel steht im Mittelpunkt der am Montag in Genf aufgenommenen zweitägigen Beratungen des Efta-Ministerrats. Vorgänger zur Tagung hatte Staatssekretär Blankart darauf hingewiesen, dass die Efta-Beziehungen zur EG Vorrang hätten vor der Frage der Zusammenarbeit mit Osteuropa.

Die Efta-Minister werden unter Vorsitz des isländischen Aussen- und Aussenhandelsministers Jon Baldvin Hannibalsen ihre gemeinsame Verhandlungsbasis für das Treffen in Brüssel festlegen. Am Genfer Treffen vertritt der Vorsteher des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes

(EVD), Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz, die Schweiz. Österreich wird von Aussenminister Alois Mock und Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel, Finnland durch Aussenhandelsminister Pertti Salolainen, Norwegen durch Kaci Kullmann Five, Ministerin für Handel und Seefahrt, Schweden durch Aussenhandelsministerin Anita Gradin vertreten. Für Liechtenstein nimmt René Ritter an dem Treffen teil.

Wie Efta-Sprecher Hansjörg Renk zu Beginn der Genfer Tagung erklärte, behalten die Beziehungen der Efta zur Europäischen Gemeinschaft Vorrang vor allen anderen Fragen, darunter auch das

Verhältnis zu den mittel- und osteuropäischen Staaten. Dies sagte auch kurz zuvor Staatssekretär Franz Blankart vom Bundesamt für Aussenwirtschaft an einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz.

Blankart unterstrich, dass es für eine von mehreren osteuropäischen Ländern gewünschte Zusammenarbeit mit der Efta noch zu früh sei. Dazu müssten eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt werden, wie die Liberalisierung von Handel und Industrie und die Konvertierbarkeit der Währungen.

Die Initiative dazu müsse von den betreffenden Ländern selbst ausgehen.

KONTAKTLINSEN



AUGEN-OPTIKMARXER

Städtlemarkt, Vaduz, 2 82 02
Landstrasse 28, Schaan, 2 58 68

Kosmetikstudio Hannelore

Bardellaweg 16
9494 Schaan
Telefon 075/267 09
Farb- u. Modestilberaterin